



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 02.07.2019, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Werkstattbericht Innovationsnetzwerk LivingLab**

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Stadtrat **Dr. Vierling** auf § 30, Abs. 2, Satz 3 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO):

„Bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Gemeinderats führt der bisherige Gemeinderat die Geschäfte weiter. Wesentliche Entscheidungen, die bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Gemeinderats aufgeschoben werden können, bleiben dem neu gebildeten Gemeinderat vorbehalten.“

Die heutige Tagesordnung enthalte nach Ansicht von Stadtrat Dr. Vierling viele Themen, die wesentliche Entscheidungen abverlangen und deshalb bis zum Eintreten des neugebildeten Gemeinderates aufgeschoben werden könnten. Er bittet die Verwaltung, vor dem Aufrufen eines jeden Tagesordnungspunktes aufzuführen, warum es sich hierbei nicht um eine wesentliche Entscheidung handelt.

Stadtrat **Herrmann** sagt, dass die Punkte 1 bis 7 der öffentlichen Tagesordnung insbesondere Jahresabschlüsse und Feststellungen in der Vergangenheit betreffen. Es mache Sinn, diese Punkte heute zu beraten, denn dann werden die Feststellungen durch den Gemeinderat getroffen, der auch für die ursprünglichen Beschlüsse verantwortlich gewesen war.

Die Stadträte **Dr. O'Sullivan, Weiss** und **Heer** pflichten Stadtrat Herrmann bei. Sie betonen, dass die Verwaltung nicht lahm gelegt werden sollte, nur weil der jetzige Gemeinderat geschäftsführend tätig sei.

Solange Stadtrat Dr. Vierling keinen Vertagungsantrag stellt, schlägt OBM **Spec** vor, in die Tagesordnung einzutreten und Punkt für Punkt abzuarbeiten.

Stadtrat **Dr. Vierling** kündigt an, entsprechende Vertagungsanträge bei den einzelnen Beratungspunkten zu stellen, sofern erforderlich.

Nach dieser Diskussion eröffnet OBM **Spec** die Sitzung des heutigen Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung.

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, stellt Frau **Dr. Bräuning** (Geschäftsstelle Innovationsnetzwerk) den Werkstattbericht Innovationsnetzwerk LivingLab vor.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt, wie viel städtisches Personal bei den einzelnen Digitalisierungsmaßnahmen eingebunden werden müsse. Sie ist überzeugt, dass für manche der Probleme, die mit digitalisierten Anwendungen gelöst werden sollen, einfachere und kostengünstigere Lösungen besser geeignet wären.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** nimmt Bezug auf den Ausweisterminal im Bürgerbüro. Er bezeichnet diesen als eine sehr gute und bürgerfreundliche Dienstleistung. Nach der ersten Erprobungsphase müsste jedoch gegen Ende des Jahres 2019 entscheiden werden, wie das Projekt künftig weiterverfolgt werden soll.

Für Stadtrat **Weiss** ist es wichtig zu wissen, wie der Kosten-Nutzen-Faktor bei sämtlichen Digitalisierungsprojekten aussieht. Auch würde er gerne erfahren, wie es beim LivingLab personell weitergehen soll.

Stadtrat **Heer** ist überzeugt, dass sich die Stadt auf dem richtigen Weg befindet. Er bittet um rechtzeitige Information der Stadträtinnen und Stadträte, jedes Mal wenn ein neues Digitalisierungsprojekt umgesetzt wird.

OBM **Spec** verweist auf die Smart City Charta der Bundesregierung, welche die Kommunen ausdrücklich auffordert, sich aktiv mit der Digitalisierung zu beschäftigen und diese im Dienst der Bürgerinnen und Bürger zu stellen, um den digitalen Wandel im Sinne einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung mitgestalten zu können. Die Smart City Charta komme zum Ergebnis, dass die Ziele der Nachhaltigkeit nicht ohne digitale Chancen erreicht werden können.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erachtet es als wichtig, inländische Unternehmen mit Digitalisierungsprojekte zu beauftragen, damit die Wertschöpfung im Land bleibt und sensible Daten nicht in anderen Ländern gelangen, in denen der Datenschutz womöglich nicht so gut geregelt sei, wie in der Bundesrepublik Deutschland.

OBM **Spec** entgegnet, dass aus diesem Grund die Stadt Ludwigsburg, als erste Stadt in der Region Stuttgart, Allgemeine Geschäftsbedingungen in Zusammenhang mit der Smart City Plattform formuliert habe. Darin werde von allen Kooperationspartnern verlangt, dass die Daten den Kriterien des deutschen Datenschutzes Rechnung tragen und dass sämtliche Anwendungen nicht über die deutschen Rechtsgrenzen hinausgehen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nimmt den Werkstattbericht Innovationsnetzwerk LivingLab zur Kenntnis.

Abweichender Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH mit einer Bilanzsumme von 200.922.909,61 Euro (VJ 183.696.642,06 Euro) und einem Jahresüberschuss von 2.283.497,60 Euro (VJ 2.306.376,83 Euro) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:
Der Jahresüberschuss von 2.283.497,60 Euro (Vorjahr: 2.306.376,83 Euro) wird in voller Höhe der Bauerneuerungsrücklage zugeführt.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

6. Wirtschaftsprüfer für die Jahre 2019 – 2023

Die Deloitte GmbH Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 – 2023 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Zunächst stimmt der Ausschuss über die **Ziffern 1, 2, 3, 4 und 6** des Beschlussvorschlags ab.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat V. Lutz

Anschließend wird über die **Ziffer 5** des Beschlussvorschlags abgestimmt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH sind bei der Abstimmung dieser Ziffer befangen und beteiligen sich deshalb nicht daran.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangen: OBM Spec
Stadträtin Deetz
Stadträtin Dziubas
Stadtrat Heer
Stadträtin Kreiser
Stadträtin Liepins
Stadtrat Dr. Vierling

Nicht anwesend: Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) erläutert die Zahlen des Jahresabschlusses 2018. Der erreichte Jahresüberschuss 2018 von 2,283 Millionen Euro liegt um 190.000 Euro über dem Planansatz. Es wurden rund 4,8 Millionen Euro bzw. 25,31 Euro pro m² Wohn- und Nutzfläche in den Bestand investiert. Davon entfallen 225.000 auf Modernisierungsmaßnahmen. Die Instandhaltungskosten verteilen sich mit 4,2 Millionen Euro auf den Wohnungsbestand und die gewerblichen Objekte mit 0,382 Millionen Euro. Erlössteigerungen gab es bei der Hausbewirtschaftung (rund 695.000 Euro), dem Verkauf von Grundstücken (rund 1.866,9 Euro aufgrund der Übergabe von fünf Grundstücken im Gebiet „Sonnenberg-Südwest“), der Betreuungstätigkeit (rund 123.000 Euro) und den anderen Lieferungen und Leistungen (rund 560.000 Euro). Die Bestandsveränderungen für zum Verkauf bestimmte Grundstücke mit unfertigen Bauten sowie unfertige Leistungen verringerten sich um 3.060 Euro und die sonstigen betrieblichen Erträge um 1.423 Euro. Die Geschäftsführung beurteilt die Ertrags- sowie die Finanz- und Vermögenslage der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) als geordnet. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Die Eigenkapitalquote beträgt 49,7 Prozent (Vorjahr: 53,1 Prozent).

Herr **Kiedaisch** weist zudem auf einen Fehler in der Vorl.Nr. 237/19 hin. In Ziffer 6 des Beschlussvorschlags wird erwähnt, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 bis 2023 beauftragt wurde. Das stimmt nicht. Beauftragt wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG.

Herr **Veit** (Geschäftsführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH) geht anschließend auf die Aufgaben und Schwerpunkte der WBL im Jahr 2018 ein. Er sagt, dass die WBL weiterhin ihren Sozialauftrag gerecht bleiben und als Preisregulativ am Wohnungsmarkt fungieren möchte. Trotz der vielen Neubauprojekte und der hohen Investitionen im Bestand betrage die Durchschnittsmiete der WBL 7,03 Euro/m². Die Miete der preisgedämpften Wohnungen liege bei 6 Euro/m². Die Marktmiete bei Neubauwohnungen in Ludwigsburg liege im Vergleich bei 14 bis 16 Euro/m². Nach Aussage von Herrn Veit erschweren insbesondere die hohen und stets weitersteigenden Baukosten die Arbeit der WBL. Dennoch habe der Eigenbetrieb im Jahr 2018 viele Projekte begonnen oder umgesetzt. Herr Veit nennt einige davon: In der Hoferstraße habe die WBL das ehemalige Gebäude der EnBW von der Stadt gekauft und umgebaut. Dieses Objekt werde derzeit gewerblich vermietet. Auch sei in Kooperation mit der Karlshöhe Cube 11 gebaut worden, der nun von Geflüchteten und Studenten bewohnt werde. In der Caerphillystraße in Sonnenberg entstehen 18 neue Eigentums- und 42 Mietwohnungen, darunter 10 Wohnungen nach dem Landeswohnraumförderprogramm. In der Heinrich-Schweitzer-Straße entstehen ebenfalls 50 neue Wohnungen, die Hälfte davon nach dem Landeswohnraumförderprogramm. Auch in Muldenäcker baue die WBL 23 Wohnungen. Davon werden 9 öffentlich gefördert. Der Neubau in der Ditzinger Straße 17, der zunächst einige Zeit als Anschlussunterbringung für Geflüchtete und anschließend als Ergänzungsbau für die Grundschule Pflugfelden genutzt werden soll, konnte fertiggestellt und an die Stadt übergeben werden. Im Jahr 2018 seien in Sonnenberg-Südwest 25 Grundstücke für Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften verkauft worden. Mit einigen Mieterinnen und Mieter, die länger als 30 Jahre Objekte der WBL bewohnen, habe man Mieterjubiläum gefeiert. Zudem habe das Unternehmen das Areal, auf dem sein Film- und Medienzentrum mit angeschlossenen Gründerzentrum steht, mit Glasfaser und LED Beleuchtung versorgt. Auch ein Online-Portal wurde errichtet, das die Kommunikation und die geschäftlichen Abwicklungen der WBL mit den Mietern und Eigentümern erleichtert. Darüber hinaus habe das Jahr 2018 auch Auszeichnungen für die WBL gebracht. Für das Projekt Cube gab es den Effizienzpreis in Gold des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Auch Fokus Money habe bei einer Studie zu den besten Marken Deutschlands die WBL im Segment „Zuhause und Wohnen“ das Siegel „Deutschlands Beste“ verliehen. Insgesamt habe der Aufsichtsrat der WBL in den vergangenen fünf Jahren Bauprojekte in Höhe von circa 105 Millionen Euro beschlossen.

Stadtrat **Herrmann** sagt, dass man in den nächsten Monaten sicherlich über die künftige Ausrichtung der WBL diskutieren müsste. Dabei sei zu entscheiden, ob die WBL stärker ins Bauträgergeschäft einsteigen sollte oder nicht. Das Unternehmen sei fraglos eine wichtige Gesellschaft in der Stadt. Stadtrat Herrmann hat nichts an dem vorgelegten Jahresabschluss zu bemängeln und äußert deshalb die uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorl.Nr. 237/19.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont, dass das Thema „Wohnen“ für viele Menschen in der Stadt weiterhin sehr brisant sei. Deshalb stünden für diese nicht die guten Ergebnisse der WBL, sondern die unbefriedigende Gesamtsituation auf dem Wohnungsmarkt im Vordergrund. Gemessen am Bedarf seien nach Ansicht von Stadtrat Dr. Vierling in den letzten Jahren zu wenige Wohnungen gebaut worden.

Künftig sieht er die Notwendigkeit, die Bedeutung der WBL nicht am Eigenertag und an der Ertragsrendite zu bemessen, sondern an einer größeren Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum. Sowohl das Unternehmen als auch die Stadt müssten eine aktivere Rolle im Wohnungsbau spielen. In erster Linie sei der Auftrag nach Sozialwohnungen und Wohnungen nach dem Fair-Wohnen-Modell zuzuordnen und somit weniger auf die binnen Querfinanzierung zu setzen und öffentliche Mittel in die Hand zu nehmen. Stadtrat Dr. Vierling fragt, ob das Ausmaß des Sponsorings der WBL nötig sei. Seiner Meinung nach wären die hierfür verwendeten Gelder besser bei der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum angelegt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass die WBL gut aufgestellt ist. Die allgemein angespannte Lage am Wohnungsmarkt könne das Unternehmen jedoch auch nicht alleine lösen. Zwar könne die WBL ihren Mietern preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen, aber das reiche nicht aus, um den großen Bedarf zu decken. Stadträtin Liepins sieht es als notwendig an, bald mit dem Bau der 110 Wohnungen in Grünbühl zu beginnen und äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage.

OBM **Spec** teilt mit, dass in Ludwigsburg 450 neue Wohnungen bis Ende des Jahres 2019 entstehen werden. Im Jahr 2020 sollen 600 neue Wohnungen hinzukommen. Bis Ende 2023 werden insgesamt über 2.700 neue Wohnungen in der Stadt gebaut sein. Innovative Bautechniken wie der serielle Holzbau könnten dabei helfen, die extremen Preissteigerungen beim Bau zu senken.

Stadtrat **Weiss** freut sich, dass Sozialwohnungen errichtet werden, denn das führe zu mehr Gerechtigkeit und garantiere somit auch den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Die Freie-Wähler-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat **Heer** hebt hervor, dass die WBL günstigen Wohnraum für Menschen mit mittleren oder niedrigen Einkommen zur Verfügung stellt. Somit habe das Unternehmen eine preisdämpfende Auswirkung auf die Höhe des Mietespiegels in Ludwigsburg. Was die WBL allerdings nicht zu leisten vermag, sei Grund und Boden zu vermehren. Nach Ansicht von Stadtrat Heer seien Stadt und Gemeinderat aufgerufen, eine höhere Zahl an Bauflächen auf Ludwigsburger Gemarkung auszuweisen, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Bezug auf das angesprochene Sponsoring nehmend sagt er, dass die WBL damit ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wahrnehme. Die Spenden kämen Sportvereinen, Kulturinitiativen, Kindern und Jugendlichen sowie dem Bürgerschaftlichem Engagement zugute. Im Jahr 2018 haben die Spenden insgesamt 160.810 Euro betragen. Stadtrat Heer bezweifelt, dass dieser Betrag zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum, wie von Stadtrat Dr. Vierling vorgeschlagen, ausreichen würde. Dem Beschlussvorschlag stimmt er im Namen der FDP zu.

Nach der Aussprache stimmt der Ausschuss über die Vorl.Nr. 237/19 ab.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH zum 31.12.2018 mit einer Bilanzsumme von 4.645.671,59 Euro (VJ 4.486.613,01 Euro) und einem Jahregewinn von 445.737,42 Euro (VJ 210.112,27 Euro) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Dem Vorschlag, den Jahregewinn von 445.737,42 Euro auf neue Rechnung vorzutragen vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

3. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

4. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

5. Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2019

Die BHP Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 zu beauftragen.

6. Künftige Finanzierung

Die Betrauung entsprechend dem Gesellschafterbeschluss vom 19.07.2013 wird beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

Zunächst stimmt der Ausschuss über die **Ziffern 1, 2, 3, 5 und 6** des Beschlussvorschlags ab.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat V. Lutz

Anschließend wird über die **Ziffer 4** des Beschlussvorschlags abgestimmt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Blühendes Barock Gartenschau GmbH sind bei der Abstimmung dieser Ziffer befangen und beteiligen sich deshalb nicht daran.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangen: OBM Spec
Stadtrat Herrmann

Nicht anwesend: Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert die Zahlen des Jahresabschlusses 2018. Das Geschäftsjahr 2018 schließt ohne jegliche Gesellschafterzuschüsse mit dem besten Ergebnis seit dem Bestehen der Blühendes Barock Gartenschau (BlüBa) GmbH ab. Die Umsatzerlöse 2018 liegen gegenüber dem Jahr 2017 um 206.000 Euro bzw. 3,8 Prozent höher. Die betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich insgesamt um 56.000 Euro. Im Berichtsjahr 2018 wird zum zweiten Mal in Folge ohne Gesellschafterzuschüsse ein Jahresüberschuss in Höhe von 445.737,42 Euro (Vorjahr: 210.112,27 Euro) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote liegt bei 88,9 Prozent (Vorjahr: 82,0Prozent).

Zur künftigen Finanzierung sagt Herr **Kiedaisch**, dass die BlüBa GmbH bis einschließlich 2016 jährliche Zuschüsse der beiden Gesellschafter (Land Baden-Württemberg und Stadt Ludwigsburg) erhalten hatte. Es liege eine grundsätzliche Vereinbarung der beiden Gesellschafter vor, die Gesellschaft jeweils zu 50 Prozent zu finanzieren. Nachdem nicht auszuschließen sei, dass es sich bei den Zuschüssen um Beihilfen im europarechtlichen Sinne handelt, wurde die BlüBa GmbH mit Gesellschafterbeschluss vom 19.07.2013 entsprechend dem Freistellungsbeschluss der EU-Kommission betraut. Diese Betrauung erfordere u.a. eine kontinuierliche Überwachung zur Vermeidung einer Überkompensation.

Um hier etwas mehr Flexibilität zu erreichen, hatten die Gesellschafter im vergangenen Jahr vorgesehen, für die künftige Finanzierung auf ein anderes beihilferechtlich zulässiges Instrument, die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU-Kommission aus dem Jahr 2014, umzustellen und – soweit die Umstellung erfolgt - auch die bisherige Betrauung aufzuheben. Diese wurde auch in der Gesellschafterversammlung am 18.05.2018 so beschlossen. Im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses ergaben sich jedoch Erkenntnisse, die die Vorteilhaftigkeit dieser Umstellung leider nicht bestätigten. Deshalb soll in der diesjährigen Gesellschafterversammlung ein Beschluss gefasst werden, in dem klargestellt wird, dass die Betrauung weiterhin gelten soll.

Herr **Kugel** (Direktor des Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH) geht auf die Projekte des letzten Jahres ein. Er bezeichnet das Jahr 2018 als das bisher beste bezüglich der Einnahmen und der Besucherzahlen. Aktuell koste der Eintrittspreis 9 Euro und sei im Vergleich zu den Eintrittspreisen für ähnliche Einrichtungen preiswert. Auch mit den Familieneintrittspreisen biete das BlüBa eine faire Leistung. Die Gewinne der BlüBa GmbH gehen nicht auf Kosten der Substanz. Man bemühe sich stets, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen rechtzeitig und umfassend durchzuführen. Zudem werde versucht, das Alte mit dem Neuen zu verbinden und auch die Digitalisierung voranzutreiben. Herr Kugel nennt exemplarisch das „Digitale Märchen“, ein Kooperationsprojekt der BlüBa GmbH mit der Filmakademie Ludwigsburg und das geplante Angebot von digitalen Eintrittskarten. Auch die Kassensoftware möchte man erneuern. Herr Kugel versichert, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit immer wichtiger bei der Arbeit des BlüBa wird. Man habe deshalb ein Nachhaltigkeitsmanagement eingeführt und möchte Elektrofahrzeuge anschaffen. Diese sollen durch Solarstrom aufgeladen werden. Zudem werde seit drei Jahren kein Glyphosat mehr bei der Pflege der Grünflächen verwendet und man sei bemüht, den Plastikabfall zu reduzieren. Herr Kugel und sein Team sind stolz darauf, dass sie effektiv und wirtschaftlich arbeiten. Dadurch konnten in den letzten neuen Jahren städtische Zuschüsse in Höhe von 1,75 Millionen Euro eingespart werden.

Stadtrat **Herrmann** ist beeindruckt, dass nun zum zweiten Mal in der sechzigjährigen Geschichte des BlüBa keine Zuschüsse der beiden Gesellschafter benötigt werden. Auch in den anderen Jahren habe die BlüBa GmbH nicht so viele Zuschüsse gebraucht wie geplant. Das sei zum Teil dem Wetter geschuldet, aber sicherlich auch der außerordentlich guten Arbeit der Geschäftsführung. Stadtrat Herrmann greift drei Punkte aus, die er besonders bemerkenswert findet:

- a) Die BlüBa GmbH öffne sich den Neuen Medien und sei in den Sozialen Netzwerken und auf YouTube aktiv.
- b) Die Geschäftsführung gehe bewusst neue Wege ein. Das sei zwar mit Risiken behaftet, bringe aber auch neue Impulse. Stadtrat Herrmann nennt exemplarisch die mittlerweile sehr erfolgreiche Kürbisausstellung und das regelmäßige Gastieren des Circus Roncalli auf dem BlüBa-Areal.
- c) Obwohl aktuell im Norden die Bundesgartenschau in Heilbronn stattfindet und im Südwesten die Remstal Gartenschau, schaffe es das BlüBa eine konstante Besucherzahl vorzuweisen.

Auch Besucherumfragen bestätigen immer wieder, dass die Resonanz sehr gut sei. Die CDU-Fraktion sei sehr zufrieden mit der Arbeit von Herrn Kugel und seinem Team und stimme der Beschlussvorlage zu.

Nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Vierling** seien der Märchengarten, die vielen hochkarätige Veranstaltungen im BlüBa und die gute Gastronomie dort durchaus Pfunde, mit denen die Stadt Ludwigsburg wuchern könne. Wenn sich die Finanzsituation der BlüBa GmbH so gut darstelle, dann sei legitim zu fragen, ob dies Spielräume für Erweiterungen biete oder eventuell für eine Ermäßigung der Eintrittspreise. Zudem stelle sich die Frage, ob das BlüBa mehr Besucher verträgt. Stadtrat Dr. Vierling möchte wissen, ob eine digitale Lösung beim Dauerkartenvorverkauf angeboten werden könne, damit die Besucher nicht jedes Mal lange anstehen müssen. Er nimmt auch Bezug auf das Musikfeuerwerk. Da Feuerwerke die Luft teilweise stark mit Stickoxiden belasten können, fragt Stadtrat Dr. Vierling, ob diese Veranstaltung emissionsärmer gestaltet werden könnte. Er begrüßt ausdrücklich das Bannen von Glyphosat aus dem BlüBa und möchte erfahren, ob die anderen städtischen Grünanlagen auch glyphosatfrei sind. Stadtrat Dr. Vierling würde es gutheißen, wenn mehr Besucherinnen und Besucher mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen würden und fragt, ob ein Kombiticket, bei dem die Nutzung des ÖPNV inkludiert ist, eine gute Möglichkeit wäre, um das zu erreichen. Zudem weist er darauf hin, dass auf der Homepage des BlüBa das Akademie-Parkhaus nicht als Parkmöglichkeit erwähnt werde, obwohl es sich in fußläufiger Entfernung befindet. Stadtrat Dr. Vierling äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beschlussvorlage.

Stadträtin **Liepins** lobt die Arbeit der Geschäftsführung und des Teams. Ebenso hebt sie die Öffentlichkeitsarbeit, die Herr Kugel leistet, hervor. Sie sagt, dass der Schotterweg vor der Südfassade des Schlosses nicht barrierefrei gestaltet sei und bittet, eine gute Lösung hierfür zu finden. Die SPD-Fraktion unterstütze die Einführung eines Kombitickets. Gleichzeitig möchte sie darauf hinweisen, dass das BlüBa keine eigenen Parkplätze hat. Stadträtin Liepins möchte erfahren, ob Beschwerden hinsichtlich der fehlenden Parkierung eingehen.

Stadtrat **F. Lutz** spricht von einem hervorragenden Jahresergebnis und lobt die Öffentlichkeitsarbeit des BlüBa und die Symbiose von alten und neuen Elementen. Die Ergebnisverwendung sei legitim. Es mache Sinn, in die Zukunft zu investieren. Die Eintrittspreise seien im Vergleich zu anderen Einrichtungen dieser Art moderat. Gut findet Stadtrat F. Lutz auch, dass die Familientickets angeboten werden. Auch er spricht die fehlenden Parkplätze für das BlüBa an. Die Freie-Wähler-Fraktion sieht die Bärenwiese als geeigneten Standort für den Bau eines Parkhauses, das sowohl für das BlüBa als auch für die Innenstadt nutzbar wäre.

Stadtrat **Heer** sieht im BlüBa ein unverwechselbares Markenzeichen der Stadt Ludwigsburg. Herr Kugel leiste hervorragende Arbeit und verstehe es, das BlüBa medial ins rechte Licht zu setzen. Mit seinen vielen Veranstaltungen sei das BlüBa ein Besuchermagnet. Auch die Finanzen seien in Ordnung. Deshalb stimmt Stadtrat Heer im Namen der FDP der Beschlussvorlage zu. Wie sein Vorredner sieht auch er in der Bärenwiese einen geeigneten Standort für den Bau eines Parkhauses oder einer Tiefgarage.

Bezug auf die Wortmeldungen des Gremiums nehmend sagt Herr **Kugel**, dass eine Preissenkung bei den Eintrittskarten keine Option sei. Vielmehr werden die Eintrittspreise alle drei Jahre konsequent angepasst, um einen Teil der Personal- und Investitionskosten abdecken zu können. Für die Dauerkartenbesitzer soll ab Herbst 2019 ein digitales Abo eingeführt werden, welches ein langes Anstehen überflüssig machen soll. Auf das angesprochene Musikfeuerwerk eingehend sagt Herr Kugel, dass man die täglichen Arbeitsprozesse weitgehend emissionsfrei gestalten möchte, um ein Mal im Jahr diese beim Publikum sehr beliebte Veranstaltung mit einem relativ emissionsarmen Feuerwerk durchführen zu können. Als Alternativen werden Laser- und Lichtprojektionen geprüft. Ob bei der Pflege der anderen Grünflächen in der Stadt kein Glyphosat verwendet wird, kann Herr Kugel nicht mit Sicherheit sagen.

Er verspricht, dass das Akademie-Parkhaus künftig als Parkmöglichkeit auf der Homepage des BlüBa beworben wird. Auch werde man versuchen, in Kooperation mit der VVS einen Ansatz zu finden, um ein vernünftiges Kombiticket anzubieten. Planungen für einen gepflasterten Weg im Schlossinnenhof vor der Südfassade gebe es bereits. Es stelle sich jedoch die Frage, ob das Land als Eigentümer der Liegenschaft sie finanzieren und realisieren möchte.

Stadträtin **Dr. Knoß** bittet darum, dass die Tore des BlüBa, die von vielen Dauerkartenbesitzern gerne als Abkürzung auf dem Weg von der Innenstadt nach Hause genutzt werden, künftig nach Möglichkeit länger geöffnet bleiben. Zudem regt sie an, dass die Parkhäuser Oberpaur und Wilhelm-Galerie, die sonntags geschlossen sind, bei größeren Veranstaltungen im BlüBa öffnen, um Entlastung bei der Parkierung zu schaffen.

Herr **Kugel** erklärt, dass die Schließungszeit der Tore um 20:00 Uhr durch den Pachtvertrag mit dem Land diktiert werde. Man möchte durch die rechtzeitige Schließung die Sicherheit erhöhen. Man könnte jedoch darüber nachdenken in der Sommerzeit, wenn es länger hell ist, die Öffnungszeiten der Tore zu verlängern.

Nach der Aussprache stimmt der Ausschuss ab.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht der Kunstschule Labyrinth wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 entsprechend der Anlage 3 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und für jede Ziffer einzeln.

Ziffer 1 des Beschlussvorschlags wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ziffer 2 des Beschlussvorschlags wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

Anhand der Vorl.Nr. 231/19 trägt Herr **Raithel** (Fachbereich Kunst und Kultur) den Jahresbericht 2018 der Kunstschule Labyrinth vor.

Nach Eröffnung der Aussprache lobt Stadträtin **Kreiser** das qualitätsvolle und niederschwellige Angebot der Kunstschule Labyrinth zur künstlerischen Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Jungen Erwachsenen. Sie betont, dass die Einrichtung über die Grenzen der Stadt und des Landkreises hinaus bekannt sei und bedankt sich bei Herrn Raithel für die engagierte Arbeit. Stadträtin Kreiser äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan für das Jahr 2020.

Stadtrat **Dr. Vierling** fragt, ob in der heutigen Ausschusssitzung zwingend über den Haushaltsplan 2020 der Kunstschule Labyrinth beschlossen werden müsse. Seiner Ansicht nach könne die Entscheidung hierfür dem neugebildeten Gemeinderat überlassen werden. Stadtrat Dr. Vierling lobt ebenfalls die Arbeit und das vielfältige Angebot der Kunstschule. Die Verbesserung des Abmangels zeuge von finanzieller Solidität und gutem Wirtschaften mit den Zuschüssen. Stadtrat Dr. Vierling möchte zudem erfahren, wie stark die sozial-integrative Arbeit der Einrichtung gelingt.

Stadträtin **Deetz** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Stadtrat **F. Lutz** stimmt im Namen der Freien-Wähler-Fraktion dem Beschlussvorschlag in der Vorl.Nr. 231/19 zu. Zugleich fragt er, warum die Kunstschule Labyrinth bei der Akquirierung von Sponsoring-Beträgen unter Plan liegt.

Stadtrat **Heer** hebt hervor, dass die Kunstschule Labyrinth nicht nur viel Freiraum für Kreativität biete, sondern auch im Bereich der Pädagogik durch Kooperationen mit Schulen, Kindertageseinrichtungen und soziale Einrichtungen wichtige Arbeit leiste.

Bezug auf die vorangegangenen Wortmeldungen nehmend erklärt Herr **Raithel**, dass die Produkte der Kunstschule Labyrinth nicht von überregionaler Bedeutung seien. Aus diesem Grund sei das Potenzial Sponsorengelder zu akquirieren auf wenige lokale Stiftungen begrenzt. Als Beispiel nennt er die Stiftung der Kreissparkasse Ludwigsburg. Doch auch hier werden die zur Verfügung stehenden Beträge wegen der Vielzahl der eingehenden Förderanträge immer niedriger. Herr Raithel versichert, dass die Kunstschule einen starken Fokus auf sozialintegrative und -inklusive Arbeit habe und diese künftig sogar ausbauen und vertiefen möchte. Zur sozialen Statistik könne er ad hoc keine genauen Zahlen benennen. Doch durch Instrumente wie die Ludwigsburg Card könne eine Ermäßigung in Höhe von 60 Prozent für verschiedene Angebote gewährt werden. Auch über die Kulturimpulse werden Menschen erreicht, die sonst die Kunstschule nicht besuchen würden.

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) nimmt Bezug auf die Frage von Stadtrat Dr. Vierling und erklärt, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2020 an den Bericht gekoppelt sei. Da es bei diesem Haushalt inhaltlich keine große Vorwegnahmen und keine Abweichungen gibt, habe der Fachbereich Kunst und Kultur beschlossen, diesen zum jetzigen Zeitpunkt vorzulegen, um Planungssicherheit zu haben und die Sitzungen im Herbst zu entlasten.

Stadtrat **Dr. Vierling** stellt mündlich den Antrag, die Beschlussfassung zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags in der Vorl.Nr. 231/19 zu vertagen und mit dem neugebildeten Gemeinderat vorzunehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung stimmt zunächst über diesen Vertagungsantrag ab. Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über jede Ziffer des Beschlussvorschlags auf der Vorl.Nr. 231/19 einzeln abgestimmt.

Beschluss:

1. Das Konzept zum Jubiläumsjahr „25 Jahre Kunstzentrum Karlskaserne 2020“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur teilweisen Finanzierung des Jubiläumsprogramms werden im Haushaltsjahr 2020 im städtischen Haushalt Sondermittel in Höhe von 18.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser
Stadtrat V. Lutz

Beratungsverlauf:

Herr **Raithel** führt in die Thematik ein.

Danach erläutert Frau **Ancic** (Stellvertretende Geschäftsführung der Tanz & Theater Werkstatt) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, das Konzept zum Jubiläumsjahr „25 Jahre Kunstzentrum Karlskaserne 2020“.

Auf die Kosten und die Finanzierung des Jubiläums eingehend sagt Herr **Raithel**, dass die einzelnen Jubiläumsveranstaltungen weitgehend durch Eigenmittel der ausrichtenden Kultureinrichtungen sowie durch akquirierte Drittmittel finanziert werden. Für einzelne Zusatzveranstaltungen sowie für den Gesamtrahmen des Jubiläumsprogramms fallen Kosten in Höhe von 50.000 Euro an. Zur Deckung werde ein Sonderzuschuss in Höhe von 18.000 Euro aus dem städtischen Haushalt beantragt. Bei der Bürgerstiftung soll ein Antrag zur Finanzierung der restlichen Deckungslücke eingereicht werden.

Stadträtin **Kreiser** findet das geplante Jubiläumsprogramm sehr schön und äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Stadtrat **Dr. Vierling** äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum beantragten Sonderzuschuss. Der Ausblick auf die Jubiläumsveranstaltungen sei sehr interessant.

Er lobt die Arbeit des Kunstzentrums Karlskaserne und die Symbiose-Effekte mit anderen Kultur-einrichtungen in Ludwigsburg, wie z. B. der Kunstschule Labyrinth, der Jugendmusikschule, der Tanz & Theater Werkstatt, der Jungen Bühne Ludwigsburg, der Volkshochschule und weitere. Zudem weist er darauf hin, dass der Innenhof der Karlskaserne eine praktische Funktion als Veranstaltungsort für das Kino Open-Air sowie als Parkierungsfläche erfüllt. Im Rahmen einer nachhaltigen Mobilität in der Stadt wünscht sich Stadtrat Dr. Vierling jedoch, dass die Karlskaserne die Fahrradeinreise stärker begünstigt. Auch die Bushaltestellen in der Nähe sollten seiner Ansicht nach stärker beworben werden. Zudem regt er an, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich im Innenhof der Karlskaserne künstlerische und ökologische Projekte miteinander verbinden ließen, um diese Fläche umfassender sinnvoll zu nutzen.

Stadträtin **Deetz** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Sonderzuschuss.

Stadtrat **F. Lutz** findet das geplante Jubiläumsprogramm sehr interessant und stimmt im Namen der Freien-Wähler-Fraktion der Gewährung eines Sonderzuschusses zu.

Nach Ansicht von Stadtrat **Heer** ist die Konversion der Karlskaserne zur Kulturstätte und Begegnungsraum sehr gut gelungen. Er lobt das geplante Jubiläumsprogramm und äußert die Zustimmung der FDP zum beantragten Sonderzuschuss in Höhe von 18.000 Euro.

Auch Stadträtin **Dziubas** äußert ihre Zustimmung.

Nach der Aussprache stimmt das Gremium über die Vorl.Nr. 233/19 ab.

TOP 6**TOP Betriebsausschuss Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus und Events Ludwigsburg vom 02.07.2019.

TOP 7**TOP Betriebsausschuss Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus und Events Ludwigsburg vom 02.07.2019.